

Heraus zum Roten 1. Mai 1994

Wider Reaktion und Unterdrückung

Was sich vor einem Jahr nur erahnen ließ, ist heute schon bittere Realität. Eine reaktionäre Kampagne nach der anderen, geführt im trauten Einklang von Regierung und vermeintlicher Opposition, erschüttert das Land. Nachdem mit Abschaffung des Rechts auf Asyl die deutschen Grenzen nahezu dicht gemacht worden sind, wird sich nun daran begeben, die Hausordnung für das neue Deutschland zu verschärfen. Das politische Klima im Superwahljahr '94 ist geprägt von sozialem Raubbau und dem Abbau demokratischer Grundrechte.

"Standortsicherung" der vermeintliche Weg aus der Krise

Unter dem Deckmantel der so genannten Standortdebatte werden lang erkämpfte Rechte der ArbeitnehmerInnenschaft über Bord geworfen. Es wird erklärt, die deutsche Wirtschaft sei gefährdet, da die Arbeit zu teuer und ineffektiv und die rechtlichen Rahmenbedingungen des Produktionsstandortes zu hoch seien. Es soll der Eindruck erweckt werden, die ArbeitnehmerInnenschaft mit ihren Forderungen nach Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung sei Schuld an der Krise. Ziel dieser Diskussion ist es jedoch zum einen, den Abwehrkampf der ArbeitnehmerInnen gegen Lohnarbeitslosigkeit und Sozialabbau zu brechen und zum anderen ein Konzept der Individualisierung durchzusetzen und zu etablieren.

Sozialer Raubbau ohne Grenzen

An die Stelle von Solidarität tritt die deutsche Volksgemeinschaft, deren Zusammenhalt gesichert wird durch das gemeinsame Interesse aller an Besitzstandswahrung. "Wenn wir alle den Gürtel enger schnallen, dann werden wir die Krise schon meistern." Dass dabei keine Rücksicht mehr auf Minderheiten oder ohnehin schon Benachteiligte genommen wird ist wohl klar. Immer mehr Menschen sind von Armut und Obdachlosigkeit betroffen. Dennoch werden gnadenlos Kürzungen im sozialen Bereich vorgenommen, sei es bei der Sozialhilfe, dem Bafög oder Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, in der Kinder und Jugendarbeit oder aber beim Erhalt von sozialen Einrichtungen. Wer der neuen Gemeinschaft nicht dienlich ist, soll auch nichts bekommen. An die Stelle des berühmten "Scheinasyllanten" kann so mühelos der "Sozialschmarotzer", als Feindbild der Nation, treten. In Zeiten einer wirtschaftlichen Krise, unterstützt das Gequatsche vom "kollektiven Freizeitpark" diese Tendenz zusätzlich. Das mit solchen Maßnahmen dem Sozialdarwinismus und Rechtsextremismus wertvolle Vorarbeit geleistet wird, scheint entweder unerheblich zu sein oder aber gewollt.

Innere Sicherheit

Im Zuge der gleichen Strategie wird mit Hinweis auf die bedrohte "Innere Sicherheit" derzeit eine zweite große Kampagne geführt. Sie richtet sich nicht etwa gegen die Bedrohung demokratischer Werte durch den faschistischen Mob, der nahezu unbehelligt von staatlicher Seite in diesem Land wüten kann, sondern suggeriert vielmehr eine Bedrohung der Inneren Sicherheit durch ausländische Verbrechersyndikate, indem sie geschickt rassistische Vorurteile und Ängste vieler Menschen schürt. Beabsichtigt ist die Homogenisierung der deutschen Volksgemeinschaft durch die Ausgrenzung und Stigmatisierung nichtdeutscher

Menschen. Mehr als zweifelhaft ist auch, was da zur Bekämpfung von Kriminalität eingefordert wird:

- Einschränkung des Datenschutzes,
- der "große Lauschangriff",
- die Geheimdienste als Hilfspolizei,
- sowie der übliche Ruf nach härteren Strafen, Verkürzung von Strafverfahren und der Einschränkung der VerteidigerInnenrechte.

Diese Maßnahmen ignorieren wohl eher die Ursache der Kriminalität, die häufig in den materiellen Lebensbedingungen der Menschen zu finden sind, anstatt sie zu bekämpfen. Auf dem Hintergrund der Einsparungen im sozialen Bereich wirken sie geradezu zynisch. Des weiteren bedeuten die geplanten Maßnahmen weitere Einschränkungen der demokratischen Grundrechte aller in der BRD lebenden Menschen. Die neue innere Ordnung hat mit die Voraussetzung für neue deutsche Großmachtbestrebungen geschaffen. Deutschland führt wieder Krieg. Das Verbot der Arbeiterpartei Kurdistans, PKK, und anderer kurdischer Organisationen ist auf dem Hintergrund deutscher Waffenlieferungen an die Türkei eindeutig nur als kriegerischer Akt zu bewerten.

"Gleiche Rechte nur für Deutsche"

Die rechtliche Verankerung des großen Lauschangriffs stellt eine fast völlige Auflösung der Privatheit dar; AusländerInnen werden durch den möglichen Zugriff des Bundesnachrichtendienstes auf das Ausländer-Zentralregister generell kriminalisiert. Überhaupt hat sich die Situation, der in Deutschland lebenden AusländerInnen rapide verschlechtert. Neben der permanenten Bedrohung durch die faschistischen Mörder haben auch die staatlichen Sanktionen weiter zugenommen. Die vielerorts eingeführte Versorgung von AsylbewerberInnen mit Naturalien ist entmündigend und zudem häufig mangelhaft und unzureichend. Außerdem sind derzeit viele Flüchtlinge von Abschiebung bedroht. Nicht zu vergessen die Hunderte von Hilfesuchenden, die täglich schon an den Grenzen Deutschlands abgewiesen werden.

"Alte HERRlichkeit in neuem Licht"

Auch in anderen Punkten scheint der Wille der Herrschenden ungebrochen, die Uhr zurückzudrehen. Wieder einmal ist die Beibehaltung des §218 gegen den starken Protest großer Teile der Bevölkerung beschlossen worden; Frauenförderungsmaßnahmen werden gekürzt; die Ungleichbehandlung von Männern und Frauen im Arbeitsprozess bleibt bestehen. Es wird wieder verstärkt versucht, Frauen im Reproduktionsbereich (Familie/Haushalt) zu halten oder dorthin zurück zu drängen, ohne die gleichzeitige Anerkennung dieses Bereiches als Arbeit. Dies dient nicht zuletzt, bedingt durch die daraus folgenden finanzielle Abhängigkeit, dem Machterhalt von Männern in dieser Gesellschaft. Dies sind sicherlich nur einige Beispiele, doch stehen sie dafür, welche Rolle der Frau in der neuen Volksgemeinschaft zugeordnet ist.

Es ist immer noch deutsche Realität, dass Schwule und Lesben unterdrückt und diskriminiert werden.

Doch mit alldem muss Schluss sein.

- mehr Freiheit für alle, statt Beschneidung demokratischer Grundrechte.
- Arbeitskampf statt nationalem Konsens.
- Schluss mit sozialem Raubbau und dem Gequatsche von kollektivem Freizeitpark.
- Wirksames Verbot aller faschistischer Organisationen und volle Ausschöpfung der zur Verfügung stehenden Mittel bei der Bestrafung rechtsextremistischer GewalttäterInnen.
- keine Diskriminierung homosexueller Lebenszusammenhänge

Dies müssen unsere Forderungen und Bestrebungen sein.

Gemeinsam können wir am 1. Mai 1994 zeigen, dass wir nicht bereit sind länger zuzusehen, wie es in diesem Land kälter und kälter wird.

Gemeinsam können wir zeigen, dass es eine Opposition gibt, die stark genug ist, um Widerstand zu leisten.